

Stellungnahme zum Entwurf einer Änderung des Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetzes

(Budgetbegleitgesetz 2011 – 2014, ergänzender Beitrag des Bundesministeriums für Inneres; BMI-LR1310/0003-III/1/2010)

Im gegenständlichen Begutachtungsentwurf werden Änderungen in den §§ 11 Abs. 5 sowie 51 Abs. 1 Z 2 Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz (NAG) vorgeschlagen, die eine Nichtberücksichtigung von Ausgleichszulagen als Unterhaltsmittel bewirken würden und aus folgenden Gründen nicht im Einklang mit EU-Normen stehen:

- Zu § 11 Abs. 5 NAG letzter Satz

Die Richtlinien 2003/109/EG (betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen) und 2003/86/EG (betreffend das Recht auf Familienzusammenführung) regeln die Voraussetzungen, unter denen bestimmten Drittstaatsangehörigen ein Familiennachzug zusteht. Nach Art. 16 Abs. 4 lit. c der Richtlinie 2003/109/EG und Art. 7 Abs. 1 lit. c der Richtlinie 2003/86/EG sind ausreichende Unterhaltsmittel aufzubringen, die es ermöglichen im Aufnahmestaat keine Sozialhilfeleistungen in Anspruch zu nehmen. Im Zusammenhang mit dem gegenständlichen Begutachtungsentwurf ist dazu wesentlich, dass die Ausgleichszulage keine Sozialhilfeleistung ist und daher keine finanzielle Belastung einer Gebietskörperschaft im Sinne des § 11 Abs. 5 NAG darstellt (siehe VwGH vom 8.6.2010; 2008/18/0492 und VwGH vom 22.9.2009; 2008/22/0659). Die Ausgleichszulage ist eine Versicherungsleistung im weiteren Sinn, auf die – sofern die Anwartschaftsvoraussetzungen für eine Pension erfüllt sind – Rechtsanspruch besteht (= akzessorische Leistung zur Pension; siehe VwGH 2007/01/0295).

- Zu § 51 Abs. 1 Z 2 NAG

Die zu § 51 Abs. 1 Z 2 NAG vorgeschlagenen Änderungen stehen – aus denselben, oben ausgeführten Gründen - nicht im Einklang mit Art. 7 Abs. 1 lit. b der Richtlinie 2004/38/EG („Unionsbürgerrichtlinie“).

Von einer Umsetzung des gegenständlichen Begutachtungsentwurfes wären vor allem Pensionsbezieher und Pensionsbezieherinnen betroffen, die drittstaatsangehörige Ehegatten nicht mehr im Zuge der Familienzusammenführung nachholen könnten und denen oft aufgrund ihres Alters oder ihrer gesundheitlichen Situation nicht zugemutet werden kann, in ein anderes Land zu ihrem Ehegatten zu übersiedeln. Dies hätte einerseits eine unverhältnismäßige Auswirkung auf das Privat- und Familienleben der davon betroffenen Menschen, jedoch andererseits eine nur minimale Budgetentlastung zur Folge.

16. November 2010

Mag. (FH) Wolfgang Hermann

Geschäftsführer

NEU**START** Bewährungshilfe, Konfliktregelung, Soziale Arbeit